

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kinder und Jugendliche schützen – Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!

Kinder und Jugendliche sind einer Vielzahl von Umweltchemikalien ausgesetzt: Pestizide in Nahrungsmitteln, mögliche Belastungen der Innenraumluft von Schulen und Kindertagesstätten mit polychlorierten Biphenylen (PCB) sind nur zwei Beispiele. Nach einer Untersuchung in Bremens Nachbargemeinde Delmenhorst leiden 16 Prozent der Kinder an einer Allergie (Heuschnupfen, Neurodermitis, Asthma). Bei Ausweitung der Kriterien (z. B. Einrisse an den Ohrläppchen) sind sogar über 31 Prozent der Kinder betroffen. Insbesondere das neue Krankheitsbild der vielfältigen Chemikalien-Überempfindlichkeit (MCS: Multiple Chemical Sensitivity) macht es dringend erforderlich, alle Möglichkeiten der Vorsorge auszuschöpfen. Mittlerweile leiden 2 bis 10 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands an MCS.

Auch wenn die Ursache-/Wirkungs-Beziehungen oft nicht vollständig wissenschaftlich belegt sind, müssen bestmögliche Bedingungen für die Gesundheit der Kinder und Jugendlichen geschaffen werden.

Das vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und der Deputation für Arbeit und Gesundheit am 20. September 2001 beschlossene Begehungs- und Untersuchungsprogramm zur Erstellung einer aussagekräftigen Übersicht der PCB-Belastung öffentlicher Gebäude ist zu begrüßen. Es ist ein erster Schritt, um krankheitsauslösende Belastungen der Innenraumluft zu beseitigen. Für einen umfassenden Gesundheitsschutz insbesondere von Kindern und Jugendlichen ist es jedoch nicht ausreichend.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, krankheitsauslösende Umwelteinflüsse zu reduzieren. Hierzu sind folgende Maßnahmen geeignet:

- die systematische Untersuchung der Innenräume von öffentlichen Gebäuden nicht nur auf PCB, sondern auch die Schadstoffe PAK, Formaldehyd, PCP, Lindan, Dioxine, Furane sowie Schimmel. Gegebenenfalls sind sofort Sanierungsmaßnahmen durchzuführen,
- die Erstellung eines Baustoffkatasters für Schulen und Kindertagesstätten,
- die Einführung von Beschaffungsrichtlinien für Baustoffe, die auf ihre Gesundheits- und Umweltverträglichkeit geprüft sind und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen,
- eine genaue Beobachtung der Belastung der Kinder durch Verkehrsemissionen. Bei Grenzwerten und Maßnahmen ist die für Kinder relevante Höhe von 1,20 Meter zu berücksichtigen,
- der Schutz von Kindern vor Elektrosmog durch die Orientierung des Aus- bzw. Rückbaus von Mobilfunksendeanlagen am vorsorgenden Gesundheitsschutz. Hierzu gehört auch ein ausreichender Abstand zwischen Sendemasten und Schulen bzw. Kindertagesstätten.

Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen